

Präs: 28. Aug. 2007

Nr.: 2566/J-BR/2007

Anfrage

**der Bundesräte Alfred Schöls
Kolleginnen und Kollegen**

**an den Bundeskanzler
betreffend geplante Stellenabbau bei der Post AG**

In der ORF-Sendung „Niederösterreich heute“ am 24. August 2007 haben Sie das Post-Management angesichts des angekündigten Jobabbau bei Briefträgern mit den Worten kritisiert: „Einfach zu dekretieren, dass hier Leute abgebaut werden, nicht nachbesetzt werden, ohne dass hier vernünftige Lösungen angedacht werden; das wird sicher nicht der richtige Weg sein. Manchmal sollte sich das Management vielleicht auch überlegen, wie man sonst die Kostenstruktur verbessern kann“.


Im Gegensatz dazu haben Sie bei der Ankündigung der Beamtenministerin Bures, nur jede zweite durch Pensionierung frei werdende Stelle nachzubesetzen, nur sinngemäß gemeint, es sei ein wichtiges Anliegen, dafür zu sorgen, dass mit dem Geld der Steuerzahler sparsam umgegangen wird.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen daher an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Beinhaltet die aktienrechtliche Verpflichtung des Vorstandes, den Betrieb nach betriebswirtschaftlichen Erfordernissen zu führen, auch die Möglichkeit von personellen Umstrukturierungen?
2. Wie beurteilen Sie den Börsengang der Post im Jahre 2006 und den enormen Kursanstieg der Postaktie (Ausgabekurs im Mai 2006: 19,- €) in den letzten 15 Monaten?

3. Wie hoch ist der Anteil jener Mitarbeiter bei der Post AG und deren Töchter, die noch dem Beamtenstatus unterliegen?
4. Wer kommt in Zukunft für deren Pensionen auf?
5. Worin sehen Sie den großen Unterschied zwischen der unternehmerischen Entscheidung bei der Post AG auf der einen Seite Stellen abzubauen und auf der anderen Seite beim Bund nur jede zweite durch Pensionierung frei werdende Stelle nachzubesetzen?
6. Wie hoch waren die Bundeszuschüsse an die Post in den letzten zehn Jahren?
7. Können Sie ausschließen, dass für diese Zuschüsse „Geld des Steuerzahlers“ verwendet wurden?


Matth. Peil
